

Roter Stachel

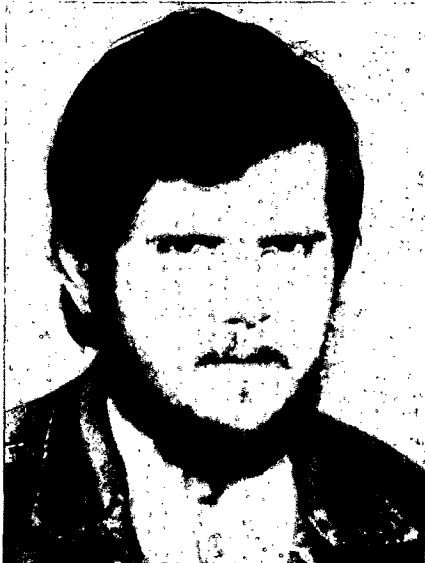
Weil ihnen das SED-Regime nicht stramm genug ist, gründeten Stalin-Anhänger eine Widerstandsgruppe. Ost-Berlin verhaftete jetzt mehrere Oppositionelle.

Die Aufforderung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Wer den Kanal voll hat von den Ungerechtigkeiten und Mißständen in diesem Staat“, verlangte kategorisch der „Rote Morgen“, soll „die Wahrheit über diesen Staat und den Gedanken des Widerstandes unter den Werktätigen verbreiten“.

Praktische Tips lieferte das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands — Marxisten, Leninisten (KPD) gleich mit. Illegale Handzettel und Flugblätter, so der Rat, ließen sich schon mit einfachen Mitteln herstellen. Ein Kinderdruckkasten beispielsweise genüge fürs erste, und mit Farbsprühdosen könne man leicht Losungen an Wände spraysen.

Fürsorglich mahnten die Instrukteure, bei der Herstellung von Flugblättern „natürliche Spuren (Fingerabdrücke)“ zu vermeiden und „bei der Verbreitung (zum Beispiel in Hausbriefkästen) vorsichtig“ zu sein.

Der Aufruf zum Protest galt nicht dem Klassenfeind im Westen, sondern den feindlichen Genossen in der DDR. Anfang Juni fanden mehrere hundert Ost-Bürger den „Roten Morgen — Ausgabe der Sektion DDR“, eingetütet



Verhafteter Kommunist Wilhelm
Hilfe vom Starnwalt

in neutrale Kuverts in ihren Briefkästen.

Daß solch „illegale Agitation nicht ohne Wirkung ist“, dafür gebe es Beweise, meldete der in Dortmund gedruckte und nach drüben geschmuggelte „Rote Morgen“ stolz: Gerade in letzter Zeit nämlich hätten „die Herrschenden verstärkte Anstrengungen unternommen, um zu verhindern, daß Flugblätter und Zeitungen unserer Partei die Bevölkerung erreichen“. Näheres teilten die KPDler nicht mit, wohl um potentielle Gefolgsleute nicht zu verschrecken.

Seit 1976 sind die kommunistischen Sektierer, die nach Erkenntnis des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik rund 500 Mitglieder haben, im anderen Deutschland aktiv. Rote Zellen agieren seither — nach eigenen Angaben — nicht nur in Ost-Berlin gegen die „Verräter am Sozialismus“ und gegen die „Sowjet-Imperialisten“ von der SED, sondern auch in der DDR-Provinz: im Industriekombinat Schwarze Pumpe südlich von Cottbus ebenso wie in Magdeburg, Rostock und Leipzig.

Anders als bürgerliche Opponenten oder Dissidenten aus der Sozialistischen Einheitspartei kämpft das Fähnlein der KPD jedoch nicht für mehr Freiheit oder Demokratie im SED-Staat, sondern für die „Diktatur des Proletariats“. Den Anhängern Stalins und des Albaners Enver Hodscha sind die ost-deutschen Regenten nicht stramm genug.

Die Staatsschützer Erich Honeckers nahmen die Chaoten aus dem Westen bislang nicht ganz für voll: Erwischte Kuriere aus der Bundesrepublik schob das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der Regel nach kurzer Haft wieder über die Grenze.

Doch seit es beim polnischen Nachbar gärt, haben die Ost-Berliner

Machthaber ihre Meinung offenbar geändert: Acht bis zehn Genossen, so ein westlicher KPD-Funktionär, wurden in den letzten Monaten verhaftet. Gegen sie ermittelt die Ost-Berliner Staatsanwaltschaft wegen staatsfeindlicher Hetze — ein Delikt, das mit bis zu acht Jahren Gefängnis geahndet wird.

Zwei der geschnappten Kommunisten müssen noch mit einigen Jahren mehr rechnen: Der Diplom-Mathematiker Andreas Bortfeldt, 28, und sein Genosse Manfred Wilhelm, 30, Betriebsschlosser beim SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, gehören nach Überzeugung des Ministeriums für Staatssicherheit zur Führung der illegalen KPD-Filiale im Osten.

Während Bortfeldt bereits seit Monaten wußte, daß der Stasi ihn observierte, war Wilhelm ahnungslos, bis ihn die MfS-Fahnder am 19. März verhafteten.

In seiner Berliner Wohnung in der Edisonstraße 54 wurden die Staatsschützer fündig: Sie entdeckten eine vollgepackte Materialtasche, erst wenige Tage zuvor von West nach Ost eingeschmuggelt, und fertige Manuskripte für die Aprilausgabe des „Roten Morgen“. Die Verteidigung Wilhelms hat der Ost-Berliner Starnwalt Wolfgang Vogel übernommen, ein Spezialist für heikle politische Fälle.

Für die KPD-Ost war die Verhaftung von Bortfeldt und Wilhelm der bisher härteste, aber nicht der erste Schlag.

Die Märzaktion sei, werten die Genossen im Westen das Vorgehen der Sicherheitsbehörde, die bisher „gezielte-

DER ROTE STACHEL

Gemeinschaftsblatt der KPD, Sektion DDR

Januar 1981

Inhalt: 1. Die Lage in Polen und bei uns - Antworten auf aktuelle Fragen
2. Offener Brief an Stefan Heyn
3. Stefan Heyn: „Ein reiches Leben“

1. Die Lage in Polen und bei uns - Antworten auf aktuelle Fragen

Polen ist in diesem Zeichen und Maßen überall Gegenstand eines langen und heftigen Kampfes. Viele fragen sich: Werden die Russen in Polen einmarschieren? Wie würde der Westen reagieren? Verschlimmern die andauernden Streiks nicht noch die Lage in Polen?

Polen Arbeiter streiken für berechnete Forderungen ein. Jeder weiß, daß die Lage für die polnische Bevölkerung schon lange vor dem Sommer dieses Jahres katastrophal war. Kein Fleisch, keine Weinberge, in Winter in manchen Gegenden keine Kohlen, wiederholt drastische Preiserhöhungen. Die Situation seit Jahr und Tag. Völlig Polens Arbeiter den Hunger, bis zum Hals stand, eben das, was sie im Sommer '80 erduldeten. Sie sahen die Reaktion auf den großen Streikbewegung von Gdansk, die 10.000 Arbeiter mit dem Abbruch von Gdansk als Ziel. Die Regierung eines Gies erzwangen, den Kampf einer für die Arbeiter. Wichtige wirtschaftliche Punkte dieses Abkommens sind:

- Eine Sicherstellung einer besseren Versorgung des Marktes mit Lebensmitteln, Exporte nur von Überschüssen.
- Einführung von Lohnmehrsätzen für Fleisch und Fleischprodukte, bis die Situation an einem Normal ist.
- Erhöhung des Grundlohns für einen jeden Arbeiter um 2000 Zloty in Abhängigkeit von der Leistung der Arbeiter.
- Gewährung eines zusätzlichen Lohnmehrsatzes parallel zum Anstieg der Preise und zum Abbruch der Gelderlöse.
- Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden.
- Einführung eines beschränkten Mutterschaftsurlaubes in den ersten drei Jahren für die Kinder.

Wohin kommt die polnische Wirtschaft? Die tiefste Wirtschaftskrise war schon länger da bevor die Arbeiter streikten. Jetzt müssen die Russen in Polen und hier die Miniere offen eingestehen. Das was sie schon als eine Erklärung auf Gdansk und „sozialistische“ Mitten verlangt. „Gdansk wird also heute zum SED-Werkzeug gemacht, der an allen Ecken und Werten so wie vor 10 Jahren. Gdansk Vorgänger, Gdansk. Die Wahrheit ist anders zu sehen. Homogenes Mischung der elementaren Bedürfnisse der polnischen Werktätigen, blühende Kapru-

lesen - weitergeben - lesen - weitergeben

ROTER MORGEN

Neuer Rüstungswettlauf beginnt. Keine Atomraketen in Europa

in der DDR werden Menschenrechte verletzt

Ende der Planwirtschaft

Jugoslawien: Aufstand in Kosovo

DDR-Ausgabe des „Roten Morgen“ Per Post in den Osten

35

ste“ Maßnahme gegen die kommunistische Gruppierung gewesen.

Schon im Oktober 1980 war ein KPDler in Ost-Berlin beim Kleben eines selbstgefertigten Plakates erwischt worden. Text: „Freie Gewerkschaften in Polen. Wann werden wir zum Schlag ausholen?“

Das Reizwort Polen benutzen die Untergrund-Agitatoren seit letzten Sommer besonders häufig, um für sich und ihre Ideen Reklame zu machen. „Die Erringung des Streikrechtes“, lobte etwa „Der rote Stachel — Sammelflugblatt der KPD Sektion DDR“ in seiner Januarausgabe, sei „ein großartiger Erfolg“.

Bis zur Polenkrise hatte sich die KPD auf hektographierten Handzetteln darauf konzentriert, den „Bonzen“ und der „Honecker-Clique“ Ausbeutung der Werktätigen nach kapitalistischer Manier vorzuwerfen. So forderten die „Genossen der KPD“ in einem Appell an die „Arbeiter Berlins“, Format DIN A 4: „Schluß mit dem Pomp und dem Aufwand der Bonzen, die sich ja so gern als Vertreter des ‚Realen Sozialismus‘ bezeichnen! Schluß mit der Arbeitshetze und der Vergeudung von Geld und Werten, die doch nach dem Gesetz Eigentum des Volkes sind!“

Den Hinweis, wo der Kommunismus wirklich zu Hause ist, lieferte das Flugblatt gleich mit: detaillierte Angaben, wann und wo die Kumpels in Ost-Berlin auf Kurzwelle „Radio Tirana, den einzigen wahrhaft sozialistischen Sender“ empfangen können. Der KPD-Tip: „Hört Radio Tirana.“

Daß die KPDler den Ostdeutschen ausgerechnet ein Land, in dem es weder Meinungs- noch Religionsfreiheit gibt, als Alternative zum eigenen Regime anpreisen, begründet „Der Rote Stachel“ ganz schlicht: Weil in Albanien „nicht Bonzen und Karrieristen regieren, sondern ehrliche Kommunisten“, seien dort, anders als in Polen und der DDR, freie Gewerkschaften und Streikrecht entbehrlich.

Solche Kritik am SED-Regime „aus kommunistischer Sicht“ (KPD-Broschüre) finden die DDR-Bürger mal in ihren Briefkästen, mal hinter Werksmauern.

Ob die Botschaften nach der gemischten Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin bei den DDR-Bürgern allerdings viel Anklang finden, bezweifeln selbst die Autoren.

Zwar hätten, beteuert die KPD-West, in den letzten Jahren immerhin schon etwa 300 Ostdeutsche mit ihr Kontakt aufgenommen. Darunter seien leider aber auch einige, die mit Kommunismus gar nichts mehr im Sinn hätten.

Das sei überhaupt, beklagt ein KPD-Mann, das Problem in Ost wie in West: „Kommunismus ist zur Zeit nicht mehr in.“

AUSLÄNDER

Abschreckende Wirkung

Verwaltungsgerichte prüfen die Frage, ob Asylbewerber mit einer Sammelunterkunft vorliebnehmen müssen oder ob sie Anrecht auf eine vom Staat bezahlte Mietwohnung haben.

Genau 14 Tage war Ali Mohammed*, 33, im städtischen Wohnheim Beckrather Straße zu Mönchengladbach zu halten. Dann zog er aus.

Er sei zwar „bereitwillig in die Gemeinschaftsunterkunft gezogen, um das deutsche Volk wirtschaftlich nicht zu sehr zu belasten“, schrieb der Bengale

▷ Die Unterbringung lasse dem Kläger „keinerlei Raum, den er für seinen persönlichen Bereich reservieren“ könne — kein eigener Schrank, kein abgeschlossenes Zimmer, ein Wasserhahn in der Küche für sieben Personen zum Kochen und zur Körperpflege;

▷ das Haus befinde sich „ständig in einem extrem verschmutzten Zustand“ — der Düsseldorfer Regierungspräsident habe dem Haus auch „deswegen“ die Zuschüsse verweigert, ein Betreuer habe seine Tätigkeit „aufgeben müssen, weil er auf den Schmutz mit einer Allergie reagierte“.

Das Urteil könnte schwerwiegende Folgen haben — ein Politikum ange-



Asylbewerber in Berlin: Wohin mit den Ausländern, woher mit dem Geld?

dem Sozialamt. „In derartig menschenunwürdigen Zuständen zu leben“, sei er jedoch „nicht gewohnt“. Er habe das Wohnheim deshalb verlassen und mit zwei anderen Landsleuten ein möbliertes Appartement für 600 Mark gemietet. Nun verlange er vom Sozialamt die Zahlung seines Mietanteils.

Die Stadt lehnte ab, Mohammed klagte. Die 7. Kammer des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts gab dem Asylbewerber jetzt recht: Mönchengladbach muß Miete zahlen.

Zum erstenmal billigte damit ein bundesdeutsches Gericht einem Asylbewerber eine eigene Wohnung auf Kosten des Sozialamtes mit der Begründung zu, in dem Wohnheim werde „die Menschenwürde des Klägers ... verletzt“. Inwiefern, notierten die Richter bei einem Ortstermin:



Asylrecht-Kritiker Hasselmann
Vorbehalt gegen Grundrecht

* Name von der Redaktion geändert.